

An die Leitungen
der Gruppe "Bolschewiki - Leninisten",
~~"Kampf und Befreiung der Arbeiterklasse"~~
und der "Revolutionären Kommunisten".

Genossen!

Ohne vorläufig den verschiedenen, nur in Details von einander abweichenden Auffassungen von der allgemeinen Lage dieses Landes entgegen treten zu wollen, vermaßen die Unterzeichner dieses Schreibens, dass im Wesentlichen in folgenden Punkten Übereinstimmung besteht zwischen den oben bezeichneten politischen Gruppierungen.

1.) Die ökonomische Krise ist, auf Rechnung der proletarischen und kleinbürgerlichen Massen, seitens der Bourgeoisie teilweise überwunden worden. Das ökonomische Gewicht verlagert sich von der Fertigwaren & Exportindustrie zur Schwerindustrie, mit allen daraus zuziehenden Schlussfolgerungen.

2.) Der Bonapartismus, beruhend auf der Staatsmacht, dem Kräfteverhältnis zweier Klassen nach schwerer Niederlage und dem Widerstreit der imperialistischen Mächte hat die bürgerliche Demokratie liquidiert und ist bereit die Selbstständigkeit dieses Landes, mit Hilfe der unterdrückten Massen, zu verteidigen, denen er hierzu geringfügige Konzessionen gewährt.

3.) Unvermeidlich wird Österreich, gemäss der Bündnissysteme und Verträge, in den Kampf um die Neuverteilung des Weltmarktes und der Weltproduktion hineingerissen werden, steht es doch dem Expansionsdrang des deutschen Imperialismus im Wege.

4.) Soweit Anzeichen vorhanden sind, hat die Elite der Arbeiterklasse die tiefe Depression nach ihrer Niederlage wenigstens ideologisch überwunden. Der allgemeine Rückzug ist zum Stehen gekommen und es setzt die Zeit einer Stagnierung ein, gekennzeichnet durch Petitionen und dergleichen.

5.) Die reformistischen Parteien II. und III. Internationale sind bereit, um die geringfügige legale Existenz, für bürgerliche Demokratie oder einer demokratischen Ständevertretung und bedingte Verteidigung der Sowjet-Union, die Massen neuerlich wie anno 1914 auf die Schlachtbank zu schicken. Sie werden sich auch mit einer "demokratischen Restauration" abfinden. Die Tendenzen der Socialimperialisten sind einstweilen noch zwiespältiger Natur.

Zu dieser nur andeutungsweise unrisssener allgemeinen Charakterisierung der Lage, kommt nun hinzu, die Möglichkeit der schroffen Wendung in der Politik. Die politische Ebene von der aus die neue Angriffswelle seitens des Proletariats vorgetragen werden könnte, liegt in Österreich höher als sonst wo in Mitteleuropa, wenn die revolutionären Gruppierungen die Atempause verwenden, zur Formierung des Kaders der neuen Partei. Zeitgewinn ist hier bedeutend mit dem Gewinn politischer Kraft.

Nun ist das Lager der Revolutionären der Avantgarde, nicht nur zerissen in die bereits genannten Gruppen, sondern es existieren ausser diesen noch eine Reihe abgesprengter Kreise mit eigenen politischen Leben. Ohne auf die vielfachen Gegensätze meist taktisch - organisatorischer Natur eingehen zu wollen, die auch sicherlich erst mit dem Fortschreiten des Klassenkampfes überwunden werden können, halten es die Unterzeichneten für möglich, gemäss der künftigen Entwicklung alle Gruppierungen zu vereinen unter dem politischen Begriff der Einheitsfront, in einer Aktionsgemeinschaft nach folgenden Richtlinien:

a) Anerkennung des "Offenen Briefes der Kontaktkommission zur Proklamierung einer neuen, der 4. Internationale", sowie der Thesen des "Viererpaktes" zu Paris, als vorbereitende internationale Dokumente.

b) Wahrung des Charakters der eigenen Organisation der verschied-

enen Gruppierungen.

- c) Der gegenseitigen offenen revolutionären Kritik.
- d) Schaffung einer Kommission, aus höchstens vier (drei) Mitgliedern bestehend, zwecks gemeinsamen und geschlossenen Auftretens und der Herausarbeitung von Dokumenten zu folgenden Problemen: "demokratische Lösungen". "Gegen den Reformismus und Zentrismus in seinen verschiedenen Spielarten". "Restauration", "Selbständigkeit", und "Anschluss".

Wir verneinen nicht, den Zeitpunkt eines solchen Vorschlages zu früh gewählt zu haben, desgleichen liegt es uns ferne den "Versühler" zu spielen, doch ist es ein Grundsatz des wissenschaftlichen Kommunismus, dass ein Zusammengehen notwendig, wenn die Interessen der Beteiligten zusammenfallen. Die Zwangsläufigkeit des Kompromisses zwischen allen Gruppierungen unter der Losung "neue Partei, neue Internationale", wäre gemäss dem Zeitverhältniss und den genannten Problemen, unserer Auffassung nach gegeben. Dazu würde entsprechend der immanenten Kraft dieser Gemeinschaft ein Wachstum in progressiver Steigerung eintreten, in umgekehrter Hinsicht eine Schwächung der Gegner. Die Vorteile liegen klar zu Tage, abgesehen von der möglichen Annäherung der Gruppen in ihren Streitfragen, sowie eventueller Ausgleichung derselben.

Nachdem die Unterzeichner selbst keiner der genannten Gruppierungen angehören, stehen sie wenigstens formal über den Parteien, trotzdem sie in Wort und Schrift den genannten Gruppen gegenüber getreten sind. Sie halten sich im Interesse der proletarischen Sache berechtigt einen derartigen Vorschlag zu unterbreiten und werden, nach Prüfung der schriftlichen Rückantworten die wir per Ende August 1936 erwarten, ihre politischen Entschlüsse bezüglich des Verhaltens zu den genannten Gruppen und nach Würdigung aller Beweise, ob pro oder kontra, treffen.

Unser Vorschlag ergeht in einfacher Ausfertigung an die "Kontaktkommission" und an das "J.S. der Liga der Kommunisten - Internationalen", in je zweifacher Ausfertigung an die Gruppe der "B.L." und den "Kampfbund" mit dem Ersuchen um Übermittlung an die Leitung der "R.K.".

Ihrer Rückäusserung entgegengehend zeichnet
mit kommunistischen Grüßen

F. Tillmann
E. Brandeis
H. Grimmig
H. Bogdanovics
Tega -Anru

für den angeschlossenen Arbeitskreis

Wien, im Juni 1936.